

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Verlag: „Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H., Breiten 1, Wilhelmstraße 49/50.
Preis: 1.20 M. für die Woche, 6.-M. für den Monat.
Einzelpreis: 10 Pf. — Abonnement: 1.20 M. für die Woche, 6.-M. für den Monat.
Einzelpreis: 10 Pf. — Abonnement: 1.20 M. für die Woche, 6.-M. für den Monat.

Die Hungersnot wird immer größer!

Wiedung: Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß mit einer baldigen und zwar erheblichen Verbesserung des Brotes gerechnet werden muß. Jeder die Höhe der Verteuerung des Brotes verlanzt noch nichts, doch ist hier eine 100 prozentige Preissteigerung kaum zu umgehen. Da die Ablieferung des Getreides auf dem Lande sozusagen fast aufgehört hat, sah sich der Reichsernährungsminister Herrmann veranlaßt, am Montag nach dem Ministerium eine Versammlung von Vertretern der Erzeuger und der Verbraucher einzuberufen, um die Landwirte eindringlich zu ihrer Pflicht zurückzuführen. Die Minderablieferung von Getreide beträgt schon jetzt über eine Million Tonnen.

Also, das Brot wird teurer, soll noch einmal so viel kosten wie jetzt — die Agrarwucherer, diese Hyänen am Hof, liefern uns Getreide ab, verkaufen es zu unerhörten Preisen. Echt christlich-national! Wie lange wird sich das Volk diese Schandwirtschaft, dieses Verbrechen an ihm noch gefallen lassen!

Der „Internationale“ entnehmen wir folgende Angaben über den Zusammenbruch der deutschen Ernährungspolitik. Unserer Reichsregierung ist aus beteiligten Kreisen Material gegeben worden, das, ergänzt von freigewerkschaftlichen Betriebsräten, den nahe bevorstehenden Zusammenbruch der Zwangswirtschaft für Getreide nachweist. Werden nicht sofort energische Maßnahmen getroffen, gehen wir langen Wochen ohne Brot aus. Während bis zum 25. November im Jahre 1918 1 529 000 Tonnen Roggen abgefordert waren, gingen im Vorjahre bis zum gleichen Datum nur 757 000 Tonnen ein; in diesem Jahre nur 391 000 Tonne! Die Weizenablieferungen betragen bis zum 25. November für das Jahr 1918 noch 427 000 Tonnen, für 1920 251 000 Tonne. Diese unerhörten Rückstände in der Getreideversorgung werden bekämpft durch einen täglichen Ablieferungskalender, aus dem hervorgeht, daß in der Zeit vom 1. bis 25. November 1919 die täglichen Ablieferungen aus Roggen zusammen 65 895 Tonne ergaben, in der gleichen Zeit 1920 nur 17400 Tonne. Die Weizenablieferungen dieser 25 Tage betragen sich im Jahre 1919 auf 25 931 Tonne, 1920 auf 12 844 Tonne.

Unter der Leitung des nun ungenutzten Dr. Herrmann ist der Getreideablieferungsplan zu einer Katastrophe geworden. Die Agrarier konnten und lassen es was sie wollten. Selbst ihre waghalsigen Angriffe gegen die Trümmer der zerstörten Getreidebewirtschaftung blieben offiziell unbeantwortet. Und wenn der Ernährungsminister Dr. Herrmann in einer Sitzung erklärte, daß man die Reichsgetreidekasse nie daran gebunden habe, in ihren eigenen Angelegenheiten öffentlich Stellung zu nehmen, so ist die Unrichtigkeit dieser Ministerbehauptung leicht erweislich. Es wird uns dazu folgendes mitgeteilt:

Der Reichsgetreidekasse war es bis zum 6. Oktober dieses Jahres nicht möglich, auf Anfrage der agrarischen Seite eine direkte Erwiderung zu bringen, vielmehr mußte die Erwiderung an der Reichsgetreidekasse immer erst dem Ernährungsministerium zur Genehmigung vorgelegt werden. Es ist erwiesen, daß der zupändige Ministerialrat des zum Juli jetzweise Artikel nicht in die Kasse hineingelassen hat. Erst nach energischer Beschwerde wurde dieser Mangel behoben. Ebenfalls hat der Herr Herrmann verboten, daß statistische Zahlen an die „Frankfurter Zeitung“ zur Veröffentlichung zu gelangen wurden.

Am 1. November 1920 wurde vom Direktorium der Reichsgetreidekasse eine Eingabe an den Reichsernährungsminister Herrmann wegen Herausgabe eines Kassenbuches gemacht, der Zweck derselben soll sein, gegen die Preisverhältnisse Stellung zu nehmen. Die mündliche Zusage des Reichsernährungsministers Herrmann erfolgte daraufhin in Kürze. Bis heute jedoch ist dem Direktorium der Reichsgetreidekasse die schriftliche Behauptung nicht eingekommen, es kennzeichnet dies das dilatorische Verhalten des Reichsernährungsministers.

Sein Wunder, daß die Agrarier täglich übermütiger werden. So wurde kürzlich aus Ostpreußen amtlich mitgeteilt, daß die Rötterlieferung des Getreides entgegen der Agitation des Landbundes zurückzuführen ist und daß in gewissen Kommunalverbänden von den Landwirten offensichtlich nicht gedroschen wird.

Aus Ostpreußen wird bis jetzt Getreide in Mieten aus dem Jahre 1919 zurückgehalten. Der tägliche Verbrauch übersteigt bei weitem die tägliche Ablieferung.

In Baden wurde amtlich festgestellt, daß anstatt Getreide, Tabak angebaut wird, obwohl Baden ein Zuschußbezirk!

Verschiedentlich bilden in letzter Zeit die Molkereien die neuesten Verstecke für Getreide. Infolge der enorm hohen Preise für Rohschmelze zahlen Molkereien jeden geforderten Preis für Getreide. In einem Falle im Bezirk Allenstein wurden auf diese Weise 470 Zentner dem menschlichen Verbrauch entzogen!

Nachdem in dieser Weise in zahlreichen Gegenden die Agrarier ihr Getreide dem Schleichhandel oder der Viehmast zugeführt hatten, wandten sich die Landräte an die Reichsgetreidekasse, um für ihre rein ländlichen Kreise Getreidezuschüsse zu erlangen! Wenn auf Grund solcher unerhörter Zuschußforderungen landwirtschaftlicher Überschüsse eingegriffen wurde, hätte sich heraus, daß im ganzen Reich die Verschwendung absichtlich von den Großgrundbesitzern vergrößert worden war, so daß fast immer Zwangsmaßnahmen angeordnet werden mußte. Solche Fälle sind insbesondere in den Provinzen Hannover und Sachsen festzustellen.

So sabotiert das Ernährungsministerium die Brotversorgung der Bevölkerung. Unglücklich läßt die Regierung die Agrarier wuchern, ungehindert läßt sie das Getreide den arbeitenden Massen entziehen und statt des Brotes für Proletarier Schleichhandelsprodukte für die Bourgeoisie herstellen. Die Zwangswirtschaft liegt zerbrochen am Boden und kein rechtssozialistisches und rechtsunabhängiges Geschichtsbuch wird einer Regierung des bürgerlichen Deutschland, geführt auf die Konterrévolution der Junker, die Macht geben, eben gegen diese Junker einzuschreiten.

Die Arbeiterschaft muß, will sie sich vor dem Hunger retten, selbst zur Tat schreiten. Nur die Organe der die Produkte schaffenden und unter dem eigenen Mangel dieser Produkte leidenden Massen können den Kampf um das Brot führen. Die Gewerkschaften müssen Sorge tragen für die Bebauung des Bodens, Zurückhaltung und Verschiebung von Getreide verhindern. Sie müssen sich mit den Organen, den Räten und Verbänden des städtischen Proletariats verbinden, um den direkten Austausch zu organisieren, den Verkehr auszuhalten, um damit die Versorgung der Arbeitenden in Stadt und Land mit Lebensmitteln und Industrieprodukten zu sichern. Der Landarbeiterverband wie die Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften des Industrieproletariats müssen zur Führung dieses Kampfes um das tägliche Brot der Arbeitenden gezwungen werden.

Unruhen in Warschau.

Kopenhagen, 30. November. Ein schwedisches Blatt meldet aus Warschau, daß unter den Rechtsparteien eine Bestrebung im Gange sei, die Regierung zur Fortführung des Krieges zu veranlassen. Als ein dahingehender Schritt der Rechtsparteien im Parlament in Warschau bekannt wurde, führte eine laute abblöfende Menge in den Reichstag und versuchte die Kriegshetze zu lenken. Auf der Straße kam es zu schweren Unruhen.

Die politische Lage in Polen.

Warschau, 22. November. (Kölna Dien.) Pilsudski ist außerhande, mit Rußland Krieg zu führen. In gewissen polnischen Garnisonen wird gemutet und General Haller intrigiert in der Armee. Pilsudski hat nach Rußland einen Aufrufplan geschickt, durch den die Regierung versichern läßt, daß der Brief an Pilsudski, in dem ihm die polnische Regierung gratuliert und alle mögliche Hilfe verspricht, von Haller abgelehnt worden sei. Der nun Meutereien im Heer ansetzt, um Pilsudski zu rufen. Die polnische Regierung versichert, daß sie den Friedensvertrag halten will und halten wird. Polen steht vor dem Ruin. Die Armee ist zerstückelt. In drei Garnisonen wird mit den Offizieren gekämpft. Die Soldaten fordern bessere Lebensbedingungen, denen die Regierung nicht nachkommen kann, denn die Lebensmittelration ist verzweifelt. Die Soldaten sind in

gegen gekleidet. General Haller nützt diese Zustände aus. Die Soldaten wollen nicht demobilisieren, wenn sie nicht umsonst Geld bekommen. Man mußte Truppen aus Wilna kommen lassen, um die Unzufriedenheit im Heere mit Gewalt zu bekämpfen.

Arbeiterunruhen in Spanien.

Madrid, 28. November. Es fanden Protestkundgebungen gegen die Lärnung und den Mangel an Brot statt. Die Polizei griff ein. Bei den Zusammenstößen gab es eine Anzahl von Verletzten. Der Kampf zwischen den revolutionären und den freien Arbeitergewerkschaften nimmt an Schärfe immer mehr zu. Es gab bereits mehrere Opfer. Das große spanische Dampfschiff „Alfonso XIII“ (14 000 Tonne), das erst kürzlich in Bilbao vom Stapel gelassen ist, ist völlig verbrannt, offenbar infolge von Sabotage. Das Schiff kostete 6 Millionen Pesetas.

Barcelona, 29. November. Die Polizei mußte ein Gebäude, auf dessen Dache sich die Urheber eines anarchistischen Attentates verhalten, formallich belagern. Nach einem Kampf, bei dem durch Revolverkugeln 15 Personen verletzt worden waren, konnten 8 Personen verhaftet werden. In Saragossa ist in einem Omnibus eine Bombe explodiert.

Für die Dritte Internationale.

Paris, 29. November. Auf dem Kongreß des Sozialistischen Verbandes des Senatsdepartements erhielt der Antrag Boris-Frossard, der sich für den Anschluß an die Dritte Internationale ausspricht, 18 488 Stimmen, ein Antrag Longuet für den Anschluß an die Dritte Internationale unter Vorbehalt 2 114, und ein Antrag Blum und Genossen für den Anschluß an die Dritte Internationale 1061 Stimmen.

Die Internationale der Weißgardisten.

Wrangel ist geschlagen. Unter Frankreichs Leitung aber wird bereits der Frühjahrsvorstoß gegen Sowjetrußland vorbereitet. An der Westfront in Polen wird während der Friedensverhandlungen aufs neue gerüstet und an der Südfrent soll eine neue Armee, geführt von Georgien, das „sozialistische“ Eden der Kautsky und Crispian, dem russischen Proletariat entgegengesetzt werden. Die weißen Bandenführer werden neue Schergen. So hat der Chef der Braugeißler-Putschisten in Dubaj, General Karischewski, einem Redakteur des „Epi“ erklärt, daß Wrangel die Erlaubnis verlangt, auf ungerischem Gebiet Truppen für den Kampf gegen Rußland werden zu dürfen. Er erwartet diese Erlaubnis umsonst, als er sich sehr erkert ausgesprochen hat über den herzlichen Empfang, den ihm seine Freunde, die Arbeiterführer von Gorihys Gnaden, bereitet haben.

Die Hohenzollern-Schleier.

Die Kapitalbedingungen der Hohenzollern haben die Geschichtsbücher dieser Dynastie geputzt. Sie besteht seit langem und ist früher nur langsam der Öffentlichkeit vorkommen worden. In den letzten Tagen wurden jedoch einige neue bemerkenswerte Tatsachen festgestellt, die zeigen, wie tief die Hohenzollern es verstanden haben, Sozialismus für nichts und wider nichts in Hohenzollernbesitz umzuwandeln. Schloß und Park Sacrow ist entgegen den rechtlichen Bestimmungen ohne irgend ein Entgelt in den Privatbesitz der Hohenzollern überführt worden. Für Schloß und Park Babelsberg haben die Hohenzollern durch eine ganz gewöhnliche Schenkung nur 1000 Taler bezahlt. Noch bemerkenswerter ist die Tatsache, daß das Kabinettgesetz in Berlin, das dem Staat gehört, für rund 12 Millionen Mark von den Hohenzollern an den Staat verkauft worden ist. Auf diese Art und Weise haben es also die Hohenzollern verstanden, den Staat um Millionen zu bereichern, und hierauf beruhend, verlangen sie auch jetzt noch die rechtliche Anerkennung dieser von ihnen gemachten Güter.

das Existenzminimum beziehen, in Höhe von 1000 Mark pro Kopf und 100 Mark pro Kind gewährt werde. Weiter heißt es in der Entschließung: „Wir verlangen vom Hauptverband, daß er diese Angelegenheit mit aller Eile und mit allem Nachdruck behandelt und ein Ultimatum bis 15. Dezember 1920 stellt. Sollte bis zu diesem Termin die Steuerzulage nicht genehmigt sein, so fordern wir unbedingt den Aufsatz zum Generalstreik.“

Horthy-Bayern.

Reichstagsabgeordneter Genosse Hermann Kemmelt wurde Montag abend in München, wo er in öffentlicher Verlesung referierte, wegen „Ausreizung zum Massenhas“ verhaftet. Es kommt der Tag, da wird der weiße Schrecken in Bayern zu Ende sein.

Gewerkschaftliches.

Der internationale Gewerkschaftskongreß.*

Am 22. November wurde in London der internationale Gewerkschaftskongreß eröffnet. Am Kongreß nehmen teil: 10 englische, 12 französische, 12 deutsche, 10 belgische, 5 holländische, 5 italienische, 5 norwegische, 4 schwedische, 4 dänische, 4 tschecho-slowakische, 2 luxemburgische, 2 spanische, 1 schweizerische und 1 kanadischer Delegierter. Auf der Tagesordnung steht: Verteilung der gewerblichen Rohstoffe unter den Industriedölkern, das Valunaproblem, Sozialisierung der Produktionsmittel und Schutz der Gewerkschaftsbewegung. Den Vorsitz führt der englische Eisenbahnführer J. A. Thomas.

Die amerikanischen und russischen Gewerkschaften sind nicht vertreten. Mehrere Delegierte fragten, warum die amerikanischen Gewerkschaften keine Vertreter entsandt haben. Nach einem Bericht erklärte der Sekretär, daß die Beziehungen zu dem amerikanischen Arbeiterverband so schlecht wie möglich seien. Die Amerikaner hätten sich geweigert, am Kongreß teilzunehmen, wenn sie nicht in die Lage versetzt würden, die Gewerkschaftsgrundsätze zu besprechen, die sie vertreten. Da aber die augenblickliche Konferenz zu besonderen Zwecken einberufen sei, so wäre das unmöglich. Außerdem habe der amerikanische Arbeiterverband seinen Beitrag noch nicht gezahlt.

Die Unwesenheit der Amerikaner wirkt auf den Kongreß ein helles Schlaglicht und zeigt seinen Charakter und seine Bedeutung. Waren die Beziehungen der amerikanischen Gewerkschaften zu der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale von jeher so schlecht oder sind sie es erst in letzter Zeit geworden und warum? Appleton und Jouhaug, die führenden Männer der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sandten im Mai 1915 an Samuel Gompers, dem Präsidenten der amerikanischen Gewerkschaften, mehrere Briefe, in denen sie ihn als den „begeisterten Internationalisten“ feierten, in denen sie erklärten, „daß sie niemanden kennen, der gewissenhafter die Interessen der internationalen Gewerkschaftsbewegung handeln würde, wie Sie, Samuel Gompers.“

Nach Samuel Gompers antwortete damals, daß die amerikanische Gewerkschaftsinternationale daran interessiert sei, „die brüderliche internationale Arbeiterbewegung aufrechtzuerhalten und fortzuführen.“ Warum heute die Unstimmigkeit und schlechten Beziehungen, die das Fernbleiben der Amerikaner vom internationalen Kongreß veranlaßt?

Das Rätsel ist sehr leicht zu lösen. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale hat bei der Arbeitererschaft erheblichen Kredit verloren. Sie muß sich revolutionär gebärden, um den Kredit wieder zu gewinnen. Sie richtet Angriffe an die internationale Arbeitererschaft, in denen sie den Boykott gegen Horthy-Ungarn und die Behinderung der Waffentransporte für Polen forderte. Das hat Samuel Gompers, den Basenfreund der Appleton und Jouhaug, den alten Artisanband der amerikanischen Bourgeoisie, so geärgert, daß er der Konferenz ferngeblieben ist. Gompers hält es nicht für notwendig, an einer Konferenz teilzunehmen, die den Boykott hat, durch Reden und Versprechungen das Vertrauen der Arbeitererschaft zu erschleichen. Er verschmäht es den Arbeitern zu sagen, daß in Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale bestrebt, die der kapitalistischen Gesellschaft den Kampf anzuzeigen, weil er weiß, daß diese Internationale anderen Zwecken dient, nämlich der Stärkung des Kapitalismus. Fürs letzte tritt Gompers offen ein und verlangt, daß auch von seinen Freunden in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Der alte Gompers sagt sich, die Arbeiter werden doch nicht auf den Schwandel hereinkommen. Das trifft auch zu, denn die Tagesordnung des internationalen Gewerkschaftskongresses enthält nur Fragen, die der Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaft gewidmet sind. Jouhaug behandelt die Währungsfrage, die Stabilisierung des Wechselkurses, das Valunaproblem und Vertens behandelt die „gerechte Verteilung der Rohstoffe“. Mit diesen Problemen befaßten sich die Vertreter der Bourgeoisie schon seit Jahr und Tag. So wenig es der Bourgeoisie gelang, diese Probleme zu lösen, so wenig wird es ihren Anhängern in der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gelingen.

Daß diese Konferenz der Sozialdemokraten es nicht verstanden, das russische Proletariat zu bekämpfen, war vorzuziehen. Nach einem Bericht des „Berliner Tageblattes“ ist der Vertreter der deutschen Gewerkschaften, Grafmann, gewesen, der dem Kongreß eine Entschließung vorgelegt hat, die die Arbeiter zum Kampf gegen den Bolschewismus auffordert. Mit großer Mehrheit wurde diese Entschließung vom Kongreß angenommen, nur die Vertreter der italienischen und norwegischen Gewerkschaften stimmten dagegen und gaben ihre Sympathie für die dritte kommunistische Internationale kund.

Alles was die Agenten der Bourgeoisie auf dieser Konferenz über „Organisationsfreiheit der Arbeiter“, über „internationale Solidarität“ usw. fasseln, ist nur bestimmt, den wahren Charakter dieser Konferenz zu verhehlen. Die Gewerkschaftsmittel werden sich nicht kaufen lassen, sie werden diese ehemaligen Kriegshelden besitzeln und den Anstich an den roten Gewerkschaftsbund in Moskau vollziehen.

Den ehemaligen Kriegshelden Zealen, Jouhaug, Appleton, diesen Agenten der Bourgeoisie, springt in Deutschland die rechtsunabhängige Partei und ihre Presse helfend zur Seite. Dikmann fährt im A. D. S. D. den härtesten Kampf gegen Moskau und sucht die deutschen Gewerkschaften fest an die gelbe Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu fetten. Toni Sender, der intellektuelle Stern der Gewerkschaftsrichtung Dikmanns, wählt sich in der „Freiheit“ vom 21. November Krampfhaft ab, einen Glorienschein um die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu verbreiten. Für sie ist jetzt das Problem „Gewerkschaften und Politik“ in den Mittelpunkt der Praxis gestellt. Sie erwartet von dem Internationalen Gewerkschaftskongreß eine „klare Einstellung auf die revolutionären Erfordernisse des politischen Kampfes.“

Eine solche Auffassung kann nur denjenigen vertreten, der keine Ahnung von der internationalen Arbeiterbewegung hat, der auch nicht weiß, welche Tätigkeit die Führer der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale während des Weltkrieges ausgeübt haben. Es müßte allerdings jedem bekannt sein, daß die Führer der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale führende Männer der zweiten Internationale sind, daß sie für die chaotischen Pläne und Ziele der Bourgeoisie ihres Landes eintraten, ja daß sie sich während des Krieges gegenseitig versichert, daß der Krieg bis zum bitteren Ende ausgefochten werden müsse.

Kann man von Legien, von Jouhaug, Appleton den Kampf gegen die Bourgeoisie erwarten? Nein! Wer diese Meinung der Arbeitererschaft vorträgt, wer die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale führt, der führt objektiv die Bourgeoisie. Die Rechtsunabhängigen haben das für ihre Aufgabe. Das muß die Gewerkschaftsmitglieder veranlassen, die Richtung Dikmann ebenso zu bekämpfen wie die Richtung Legien.

Nachrichten.

Vorlegung der Betriebsbilanz.

In der nächsten Zeit wird der Reichstag sich mit den §§ 5, 70 und 72 des Betriebsrätegesetzes beschäftigen müssen. Der § 5 besagt, daß die Arbeitnehmervertretungen für die Betriebe der See- und Binnenschifffahrt durch ein besonderes Gesetz geregelt werden sollen. In dem § 70 des Betriebsrätegesetzes muß der „hohe Reichstag“ ein besonderes Gesetz schaffen, um die Rechte und Befugnisse der Betriebsratsmitglieder als Vertreter im Aufsichtsrat der Unternehmungen genau zu um- und begrenzen. Außerdem ist ein Gesetz zu dem § 72 des Betriebsrätegesetzes zu erwarten, das die Unternehmungen verpflichtet, den Betriebsräten die Betriebsbilanz ab 1. Januar 1921 vorzulegen. Der Ausschuß des Reichstages für soziale Angelegenheiten hat sich bereits mit einer Resolution, die die Vorlegung von Gesetzen zu den oben erwähnten §§ 5, 70 und 72 des Betriebsrätegesetzes fordert, beschäftigt und sie der Reichsregierung zur Beschäftigung überwiesen. Die Arbeitererschaft ist sich darüber klar, daß von diesem Reichstag, von dieser Regierung nicht das geringste im Interesse einer wirklichen Produktionskontrolle zu erwarten ist.

Das Betriebsbilanzgesetz wird ebenso eine Mißgeburt werden, wie das Betriebsrätegesetz eine ist. Immerhin hat die Hand- und Kopfarbeitererschaft ein Interesse daran zu erfahren, welche Formen die Kontrolle annehmen wird. Auffällig ist, daß der „Reichsverband“ der deutschen Industrie es besonders eilig mit dem Betriebsbilanzgesetz hat. In einer Eingabe an den Reichstag heißt der „Reichsverband“ mit Bedauern fest, daß der ursprüngliche Entwurf des Betriebsrätegesetzes von einer Vorlegung der Betriebsbilanz nichts sagte. Da nunmehr die Betriebsbilanz laut § 72 des Betriebsrätegesetzes vorgeschrieben werden muß, hat der „Reichsverband“ durch eine von ihm eingesetzte Kommission, in der natürlich sehr willkürliche Sachverständige, unter anderem Professor Schmalenbach von der Universität in Köln für die Großindustriellen stehen, ein Betriebsbilanzgesetz wissenschaftlich ausgearbeitet, das der Reichsverband der deutschen Industrie einstimmig angenommen hat.

Dieses Gesetz trägt von vornherein den Stempel der Bilanzverschleierng an der Stirn. Was nach dem Betriebsrat eine glatte Betriebsbilanz, wenn er nicht das Recht bekommen soll, ihre Unterlagen zu prüfen. Da der „Reichsverband“ zur Begründung seines Betriebsbilanzgesetzes sich auf die rechtssozialistische Koalitionsregierung stützen zugewandt beruft, haben wir nicht die geringsten Zweifel, daß dieses Betriebsbilanzverschleierngesetz sehr bald durch den hohen Reichstag seine öffentliche Geburt entgegen wird.

Für das revolutionäre Proletariat wird das ein weiterer Beweis dafür sein, daß das Betriebsrätegesetz nichts anderes als Betrug der Arbeitererschaft darstellt, daß eine wirkliche Kontrolle der Produktion weder mit dem Betriebsrätegesetz noch mit den nun zu schaffenden Ergänzungsgeetzen möglich ist. Der Kampf um die Kontrolle der Produktion wird in der nächsten Zeit die Arbeitererschaft mehr als bisher beschäftigen. Die privatkapitalistische Wirtschaftsmacht, mit der für die arbeitende Bevölkerung in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung vernichtenden Tendenz, zwingt alle Hand- und Kopfarbeiter zum Kampf um die Kontrolle, um die Herrschaft über die Wirtschaft. Dieser Kampf wird kein Kampf parlamentarischer Gesetzgeber sein, sondern ein Ringen des Proletariats um die Eroberung der Macht, ein Entscheidungskampf zwischen kapitalistischer und sozialistischer Produktionsform.

Kapitalistische Wirtschaft.

Erhöhung der Schuhpreise?

Die deutschen Schuhmachereinnahmen haben auf ihrem Kongreß in Weimar 6 bis 7% bei Minderarbeit von dem zur Herstellung eines Schuhs benötigten aufgewendeten Arbeitslohn 100 Prozent und auf sämtliche dazu verwendete Materialpreise 25 Prozent als Meißernutzen zu beanspruchen. Die Herren Meister wollen hinter den Großkapitalisten nicht zurückbleiben; legen sie ihre Ansprüche durch, so würden sie einen Nutzen erzielen, der nur 100 bis 150 Mark pro Paar über die sonstigen Handlungsunkosten hinausgeht!

Proviz.

Die Helfershelfer der Grubenbarone.

F. R. Auf der Konferenz in Spa hat sich der Bergarbeiterführer und Mehrheitssozialist Sue bereit erklärt, dafür einzutreten, daß die Bergarbeiter Deutschlands Ueber-schichten verfahren, damit die Entente ihr volles Quantum Kohle erhält. Wir wollen hier nicht mehr erörtern, daß Spa eine weitere Weitsche auf dem Rücken des deutschen Proletariats ist. Das ist hinreichend behandelt worden und unsere Stellungnahme bekannt.

Uns kommt es darauf an zu zeigen, mit welchen Mitteln vorgegangen wird, um die Bergarbeiter für das Verfahren von Ueber-schichten zu gewinnen. Wir wollen auch dem ganz Indifferenten zeigen, wer den Bogt für die Kapitalisten spielt, wer die Rente mitschwingt, um möglichst viel aus dem ausgegorgelten Körper der Arbeiter herauszugucken. Nachdem im Ruhrrevier die Bergarbeiter Ueber-schichten verfahren, mußten sich auch die Waldenburger Bergarbeiter erklären, ob sie ebenfalls acht Stunden unter Tage arbeiten wollen oder nicht. Lange genug haben sie sich dagegen gewehrt. Die Unternehmer verjachten es im Guren und im Bösen. Als alles nichts nützte, mußten die Gewerkschaftsführer, die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft, heranz. Sie lösten die Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit für die Grubenbarone.

Wenn man im Waldenburger Revier einen einfachen Bergmann fragte (auch einen Mehrheitssozialisten), wie steht es mit Ueber-schichten verfahren, so bekam man immer ein entschiedenes „Nein!“ als Antwort. Die Gewerkschaftler verschlichen in Belegschaftsversammlungen die Bergarbeiter dafür zu gewinnen, es mißlang. Jetzt wurden die Betriebsräte beauftragt, hier ging man auf eine feine Art und Weise zu Werke, denn der Erfolg durfte nicht ausbleiben. Wochenlang vorher wurde ihnen in Kurzen, Vorträgen usw. für Betriebsräte unsere schlechte wirtschaftliche Lage von verschiedenen Gesichtspunkten geschildert. Ihnen „theoretisch“ klar gemacht, daß erst die kapitalistische Produktion wieder in Gang gebracht werden muß, bevor wir sozialisieren können. Die Mehrzahl der Betriebsräte zeigte sich als willfährige Schüler. In der entscheidenden Betriebsräte-Vollversammlung stimmte die Mehrheit für das Abkommen, nachdem ihnen die Vorteile, die die Bergarbeiter haben würden, sehr schmeichelt gemacht wurden. Die Bergarbeiter sollen bei Ausnahme des Ueber-schichtenabkommens erhalten:

1. an Brot 3125 Gramm (bisher 2500 Gramm).
2. 2 Pfund Fett oder 1 Pfund Fett und 1 Pfund Speck zum Preise von 7 Mark pro Ueber-schicht, 1 Pfund Zucker zu 5 Mark pro Ueber-schicht. Außerdem verbilligte Textilwaren.

Ferner:

- Lohnzulage pro Schicht 1,25 Mark,
- Lohnzulage pro Schicht 2,50 Mark (bisher 1,60 Mark),
- Geldzulage pro Schicht 2,50 Mark.

Für einen verheirateten Bergmann läme ein Wochenlohn verdient von 33,25 Mark und die verbilligten Lebensmittel und Textilwaren, im Summa 115 Mark heraus. Dabei wird das Pfund Fett zum Tagespreise von 22 Mark und Zucker mit 15 Mark, ein Kugeln mit 200 Mark angerechnet. Doch die Bergarbeiter kennen die Versprechungen, sie lehnen, trotz der Ausnahme durch die Betriebsräte, die Ueber-schichten ab. Sie stellen ihr fest, die Forderung der sechs Stunden nicht. Doch können wollen die Unternehmer und die Gewerkschaftler natürlich nichts wissen. Die Bergarbeiter gehen von dem Gedanken aus, daß eine sechsstündige Schicht erst die Gewähr für eine erhöhte Förderung gibt. Da das aber dem Profit des Unternehmers schadet, ist diese Regelung nach Ansicht der Aktionäre eine Unmöglichkeit. Von dem Bergbau, unter, die das Ueber-schichtenabkommen bringen soll, wissen die Bergleute, daß sie die Lebensmittel ein paar Mal bekommen und dann bleiben sie aus, angeblich weil die Erzeugung hoch. Die paar Pfünze Lohnzulage gleichen sich nach kurzer Zeit auch wieder aus; die Preise für die Bedarfsartikel steigen und nach einiger Zeit ist es das alte Lied. Nur mit dem „Reinen“ Unter-schied, es wird anstatt 7, 8 Stunden unter Tage gearbeitet.

Interessant sind die Minutes der Abstimmungen. So haben z. B. in der Schließung Kohlen- und Holzwerke für den 1922 2000 gestimmt. Für ja 546. Ungültig sind 185 Stimmen. Auf der Festsache Westfalen (5000 Mann Belegschaft) stimmten 47 Prozent für und 53 Prozent gegen das Abkommen. Trotzdem die Mehrheit gegen die Ueber-schichten ist, hat der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes nach Rücksprache mit den Betriebsräten festgestellt, daß von Montag, den 29. November, die achtstündige Schicht beginnt. Damit ist klar erwiesen, daß die Sozialdemokraten, die so über die Diktatur schimpfen (die „Rechtswacht“ ist schon ganz heiser), die auf die Demokratie schreien selbst die Diktatur aufsuchen. Diktieren den Arbeitern im Interesse der Stimmes und Konjunkten, damit sie weiterhin ihre Millionen einbringen und ins Ausland verschleppen können. So wird dem Rückständigen klar, wohin diese „Arbeitervertreter“ hingekraten sind: Ins Lager der Bourgeoisie.

* Infolge Kammerrats kommt der Text auf dem zum Text

